

Komitee LU «Nein zur Ernährungsinitiative»

c/o Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband,
Schellenrain 5, 6210 Sursee
raphael.heini@luzernerbauern.ch | www.luzernerbauern.ch



Sursee, 11. August 2026

Medienmitteilung

NEIN ZUR ERNÄHRUNGSINITIATIVE: LUZERNER LANDWIRTSCHAFT, GEWERBE UND GASTRONOMIE WARNT VOR DEN FOLGEN

Am 27. September stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Ernährungsinitiative ab. Vertreterinnen und Vertreter der Luzerner Landwirtschaft, der Gemüseproduzenten, der Gastronomie sowie des KMU- und Gewerbes warnten heute an einer Medienkonferenz vor den weitreichenden Folgen der Initiative. Diese gefährde die Versorgungssicherheit, schwäche die einheimische Produktion und belaste Landwirtschaft, Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten gleichermaßen.

Die Initiative verlangt innert zehn Jahren einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent. Nach Einschätzung von Bundesrat und Parlament wäre dieses Ziel nur mit weitreichenden Eingriffen in Produktion, Verarbeitung und Konsum erreichbar. Die Luzerner Organisationen sind überzeugt, dass damit nicht mehr Versorgungssicherheit geschaffen wird, sondern neue Probleme entstehen.

Versorgungssicherheit braucht realistische Rahmenbedingungen

Markus Kretz, Präsident des Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverbands, betonte, dass die Schweizer Landwirtschaft ihre Produktion konsequent an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichtet. Viele landwirtschaftliche Familienbetriebe hätten in den vergangenen Jahren hohe Investitionen in Tierwohl, Nachhaltigkeit und moderne Produktionsverfahren getätigt. Die Initiative stelle dieses bewährte System innerhalb weniger Jahre grundsätzlich infrage.

Besonders betroffen wäre der Kanton Luzern. Rund drei Viertel der landwirtschaftlichen Wertschöpfung stammen aus der Tierhaltung. Davon abhängig sind zahlreiche Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette von der Futtermittelproduktion über Verarbeitung und Transport bis hin zum Detailhandel. Eine staatlich gelenkte Umstellung würde nicht nur die Landwirtschaft, sondern den gesamten ländlichen Wirtschaftsraum schwächen.

Mehr Gemüse lässt sich nicht einfach verordnen

Kilian Boog, Präsident der Gemüseproduzentenvereinigung Luzern, machte deutlich, dass eine Ausweitung der Schweizer Gemüseproduktion weit komplexer ist, als es die Initiative vermuten lässt. Gemüsebau sei auf fruchtbare Böden, genügend Wasser, geeignete klimatische

Bedingungen sowie qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Gleichzeitig stehe der Gemüsebau unter zunehmendem Druck durch Wetterextreme, Raumplanung und Fachkräftemangel.

Auch wirtschaftlich sei eine Ausweitung der Produktion kein Selbstläufer. Mehr Schweizer Gemüse garantiere nicht automatisch mehr Versorgungssicherheit. Überproduktionen würden Produzentenpreise unter Druck setzen und Lebensmittelverluste verursachen. Kritisch beurteilen die Gemüseproduzenten zudem die vorgesehenen Einschränkungen beim Saatgut, welche den Zugang zu modernen, widerstandsfähigen Sorten erschweren würden.

Gastronomie braucht Wahlfreiheit statt staatlicher Lenkung

Für Gastro Luzern stellte Vorstandsmitglied Moritz Rogger die Auswirkungen auf Restaurants und Hotels in den Mittelpunkt. Die Luzerner Gastronomie lebe davon, ihren Gästen eine vielfältige Auswahl anbieten zu können. Die Initiative greife in diese unternehmerische Freiheit ein und erhöhe gleichzeitig den Kostendruck auf die Betriebe.

Bereits heute kämpfen viele Gastronomiebetriebe mit steigenden Energie-, Personal- und Lebensmittelkosten. Zusätzliche Verteuerungen würden letztlich die Gäste treffen. Restaurants und Hotels seien Orte der Begegnung für alle Bevölkerungsschichten. Ein Restaurantbesuch dürfe nicht zum Luxus werden. Gleichzeitig sei die kulinarische Vielfalt ein wichtiger Bestandteil der touristischen Attraktivität der Schweiz.

Mehr Bürokratie belastet die Luzerner KMU

Auch der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern lehnt die Initiative klar ab. Präsidentin Chantal Brauchli verwies auf die zunehmende Regulierungsdichte für Unternehmen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Zusätzliche Vorschriften, Kontrollen und administrativer Aufwand würden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stark belasten.

Nachhaltigkeit sei für die Luzerner KMU selbstverständlich. Fortschritte entstünden jedoch durch Innovation, Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Anreize und nicht durch zusätzliche staatliche Vorgaben.

Breite Allianz empfiehlt ein Nein

Die an der Medienkonferenz vertretenen Organisationen sind sich einig: Die Ernährungsinitiative führt nicht zu mehr Versorgungssicherheit. Sie schwächt die einheimische Produktion, erhöht die Kosten für Landwirtschaft, Gewerbe und Gastronomie und schränkt die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten ein.

Die Luzerner Landwirtschaft, die Gemüseproduzenten, Gastro Luzern sowie der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern empfehlen deshalb, die Ernährungsinitiative am 27. September 2026 klar abzulehnen.

Referenten:

Markus Kretz, Präsident Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband

Chantal Brauchli, Präsidentin KMU- und Gewerbeverband Luzern

Kilian Boog, Präsident Gemüseproduzentenvereinigung Luzern

Moritz Rogger, Vorstandsmitglied GastroLuzern

Die Statements der Redner stehen [hier](#) zur Verfügung.

Kontakt für Fragen: Markus Kretz, Präsident LBV, 079 668 57 22



Bildlegende: v.l.n.r. Moritz Rogger, Chantal Brauchli, Kilian Boog, Markus Kretz